

Entgegen den Erwartungen der Beobachter und Meinungsforscher haben die anderen Parteien Einbußen erlitten, anstatt zuzulegen. Die hindu-nationalistische Partei **BJP** hatte einen deutlichen Zuwachs erwartet, wurde aber mit einem zu weiteren internen Kontroversen führenden **schweren Rückgang** in der Zahl ihrer Parlamentsmandate (von 97 auf 50!) abgefertigt und erreichte nur noch 18 % der Stimmen. Der **Kongresspartei** hat es nichts eingebracht, dass der neue Stern der Gandhi-Dynastie, Rahul Gandhi, eine intensive Kampagne absolvierte: auch sie musste noch weiter Federn lassen, verlor 4 Sitze und landete bei **nur 9 %!** Die bisher regierende **Samajwadi Party** mit ihrem skandalumwitterten Führer Mulayam Singh Yadav konnte zwar einen leichten Stimmengewinn verbuchen (um 1 % auf jetzt 26 %), **verlor aber Mandate** und hat jetzt nur noch 97.

Es sieht ganz so aus, als ob die WählerInnen eine neue Alternative gesucht hätten, von der sie sich einen wirklichen Wandel versprechen. Es ist für einen außenstehenden Europäer nicht ganz einfach nachzuvollziehen, dass sie diese Alternative bei Mayawati sahen, auch wenn sie im Wahlkampf sehr stark die Korruptionsbekämpfung als das Hauptziel einer von ihr geführten Regierung in den Vordergrund gestellt hatte. Dabei war sie selbst im Jahr 2003 über eine Korruptionsaffäre gestolpert, bei der es um die Baugenehmigung für einen Hotelkomplex in der Nähe des Taj Mahals ging und vom Amt der ‚Chefministerin‘ zurücktreten musste. Mit einer Art Glaubwürdigkeitskampagne hat sie nun Ende Juni ihre Vermögensverhältnisse offengelegt – eine fast einmalige Aktion! Ca. 520 Mio. Rupien (ca. 9,5 Mio. €) hat sie an Sach- und Geldwerten angegeben; ein Vermögen, das ein Politiker auch in Indien wohl kaum mit nur lauterem Mitteln erwerben kann. Entsprechend interessant waren die Reaktionen in den verschiedenen Dalit-Diskussionsforen im Internet. Für sie war es besonders schwierig, die neue Hoffnungsträgerin schon gleich am Anfang ihrer neuen Amtszeit der Kritik ausgesetzt und demontiert zu sehen. Unglücklicherweise herrschte auf ihrer Seite die Tendenz vor, Mayawatis Reichtum mit dem noch korrupteren Verhalten und der größeren Raffgier anderer Politiker zu entschuldigen bzw. zu rechtfertigen und die Kritiker zum Stillhalten aufzufordern. Eine der wichtigsten Fragen war, ob sie unter diesen Voraussetzungen überhaupt entschieden und glaubwürdig einen Antikorruptionsfeldzug umsetzen könnte, wenn sie ihn denn überhaupt ernsthaft vorhätte.

Mayawati und ihre BSP hatten jedoch aus dem Scheitern dreier früherer von ihr geführten Koalitionsregierungen (zusammen mit der BJP) Lehren gezogen und sich auf eine neue Strategie festgelegt. Sie mäßigte ihre scharfe Rhetorik gegen die höheren Kasten, band diese (v.a. die Brahmanen) und die Muslime stattdessen in die Partei ein und machte deren VertreterInnen zu WahlkreiskandidatInnen. Dieses neue „social engineering“ hat sich offenbar ausgezahlt und viele Kommentatoren sprechen nun davon, dass die BSP das Erbe der Kongresspartei angetreten habe – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Der im wesentlichen von Brahmanen geführte Kongress galt immer als die Interessenvertretung der Muslime und der ‚Unberührbaren‘. Jetzt geben in dieser neuen ‚großen Koalition‘ aber die Dalits und nicht mehr die Brahmanen den Ton an. Inhaltlich ist sie im Wahlkampf aber sehr vage geblieben und die Dalits haben noch keine klare Vorstellung davon, was sich für sie in den nächsten Jahren konkret verbessern wird. Die große Frage bleibt, ob Mayawati versuchen wird, ihr Erfolgsmodell auch in anderen Bundesstaaten (bisher gibt es die BSP nur in wenigen) und vielleicht schon 2009 auf der nationalen Ebene zu replizieren. Falls ihr das gelingen sollte, wäre der bevölkerungsreichste und für seine noch immer strenge Kastenhierarchie bekannte Bundesstaat wieder einmal seinem Ruf gerecht geworden, die politische Experimentierküche Indiens zu sein, in der Trends für ganz Indien gesetzt werden.

Indien wird vom CERD-Komitee heftig kritisiert

Am 23. und 26. Februar tagte das „Committee on the Elimination of Racial Discrimination“ (CERD) um über den indischen Staatenbericht zur Umsetzung der entsprechenden Konvention ICERD zu beraten. Der Bericht der indischen Regierung war überfällig und zwar mehrfach: trotz einer zweijährlichen Berichtspflicht hatte die indische Regierung schon seit 1998 keinen Bericht mehr unterbreitet und dabei die Mahnungen des Konventionssekretariats einfach ignoriert.

Möglicherweise haben dazu auch die vielfältigen Aktivitäten des „Internationalen Dalit Solidaritäts Netzwerkes“ (IDSN) beigetragen, die nach mehreren Jahren Lobbyarbeit dazu geführt hatten, dass das Mandat der Konvention eine Klärung, Schärfung oder Erweiterung (das wird je nach Interesse anders gesehen) erhalten hatte. Ausgangspunkt der ganzen Auseinandersetzung ist die UN-

Weltkonferenz gegen Rassismus (WCAR), die 2001 in Durban stattgefunden hatte und bei der es IDSN gelungen war, die Dalitfrage zum ersten Mal auf die Tagesordnung einer UN-Konferenz zu setzen. In Indien war daraufhin in den Medien ein heftiger Streit darüber ausgebrochen, ob kastenbedingte Diskriminierung etwas mit Rassismus zu tun habe oder, kürzer, ob Kaste und Rasse dasselbe seien. Dieser polemische Streit hatte mit dem Interesse der indischen Regierung zu tun, sich der Bedrängnis internationaler Kritik durch eine ganz formale Argumentation zu entziehen: wenn Kaste und Rasse unterschiedliche Phänomene sind, dann fällt die kastenbedingte Diskriminierung auch nicht unter das Mandat der WCAR-Konferenz und natürlich auch nicht unter jenes von ICERD. Sie will damit formaljuristisch die für jeden Besucher indischer Dörfer wahrnehmbaren Phänomene, die in Vielem der südafrikanischen Apartheid gleichen, aus der Welt diskutieren und jeden erhöhten Handlungsdruck vermeiden. Auch wenn die indische Regierung damit auf dieser Konferenz erfolgreich war, verfolgte IDSN diesen Strang weiter und konnte die CERD-Mitglieder nach einer ganztägigen „thematischen Diskussion“ und der Anhörung vieler Zeugen der kastenbedingten Diskriminierung 2003 davon überzeugen, dass ein erweitertes Verständnis des Mandats und von rassistischer Diskriminierung das Gebot der Stunde sei. Dieses erweiterte Verständnis hatte sich schon im vollen Titel der Durban-Konferenz angekündigt, nach der sie sich auch mit „Rassismus, Xenophobie und verwandter Intoleranz“ beschäftigen sollte. Seitdem sich 2004 die (damalige) Menschenrechtskommission dieser Sicht (bei Enthaltung Indiens) angeschlossen und für die Vertragspartner verbindlich eine Interpretation vorgegeben hatte, die auch expressis verbis die kastenbedingte Diskriminierung einschloss, hätte dieser Streit eigentlich entschieden sein sollen.

Doch schon der vorab im Januar veröffentlichte, alle fehlenden Berichtsperioden (15. bis 19.) zusammenfassende Bericht der indischen Regierung verhieß nicht Gutes, da er keinerlei Aussagen zur kastenbedingten Diskriminierung enthielt. Einige der zum „Internationalen Dalit Solidaritäts Netzwerk“ gehörenden Organisationen hatten in Erwartung des indischen Staatenberichts sogenannte Schattenberichte erstellt, in denen auf verschiedene Aspekte der kastenbedingten Diskriminierung (Tempelprostitution und doppelte Diskriminierung der Dalitfrauen, Latrinenreinigung, Diskriminierung während des Tsunami) eingegangen wurde. Zwei vor den Sitzungen anberaumte NGO-briefings brachten

einigen der CERD-Delegierten die Anliegen der Dalits zusätzlich noch einmal nahe.

Schon die Besetzung der indischen Delegation deutete an, dass die indische Regierung der Sitzung keine außerordentliche Bedeutung zumessen wollte: außer dem indischen UN-Botschafter, waren nur der Generalstaatsanwalt und der Soziologieprofessor D. Gupta und einige Beamte gekommen. Der Botschafter stellte in aller Breite die verschiedenen Bestimmungen der Verfassung und die darauf aufbauenden diversen Gesetze zur Unterbindung der kastenbedingten Diskriminierung vor und kam zu dem Schluss, dass es dieses „soziale Übel“ eigentlich nicht mehr, oder doch nur in Einzelfällen noch gebe. Der Generalstaatsanwalt erläuterte danach in allen Feinheiten noch einmal die indische Position, warum das CERD-Mandat die kastenbedingte Diskriminierung nicht abdecke – die gesamte Entwicklung seit Durban einfach ignorierend. Anschließend versuchte Professor Gupta nachzuweisen, dass sich die gesellschaftliche Struktur Indiens inzwischen so stark verändert habe, dass es nur noch in Einzelfällen zu Diskriminierungen komme, die Kastengrenzen sehr durchlässig geworden und entscheidende Schritte hin auf eine offene Gesellschaft getan seien. Die daran anschließenden Fragen der CERD-Experten zeigten, dass bis auf zwei Ausnahmen alle mit den Ausführungen der indischen Vertreter nicht zufrieden waren. Fast alle stellten die Stellungnahmen der indischen Regierung in Frage, bohrten fast ausschließlich bezüglich der Situation der Dalits nach und ärgerten sich vor allem darüber, dass die veränderte Sichtweise des CERD-Mandats nun im Nachhinein von Indien wieder in Frage gestellt wurde.

Am zweiten Tag sollten die indischen Vertreter auf die Anfragen der CERD-Experten eingehen und darauf antworten. Vor allem die dabei von Gupta zur Schau gestellte Arroganz (er empfahl den Experten, sich doch bitte nicht auf Zeitungsartikel und NGO-Berichte zu verlassen [die „misleading“ seien], sondern sich in ihren Einschätzungen auf wissenschaftliche Darstellungen und Akademiker [wie ihn] zu stützen!) brachte die CERD-Mitglieder regelrecht auf und der Berichtersteller, Prof. Sicilianos, nannte dieses Verhalten dann auch ganz undiplomatisch „untragbar“! Die meisten wunderten sich darüber, dass die indische Regierung so völlig uneingeschränkt wieder auf die Positionen von Durban zurückfiel und die Kastenfrage als eine nur intern zu diskutierende und lösende ausgab. Sie forderten die indische Vertretung zu einer konstruktiven Haltung auf und die Bemühungen des Komitees als Beitrag

zur Lösung eines großen Menschheitsproblems zu sehen. Die jetzige Haltung fordere geradezu dazu auf, alle Beiträge Indiens zur Überwindung von Rassismus zu verdrängen und sich nur auf die Dalitfrage zu konzentrieren (so der brasilianische Experte Lindgren-Alves) und die südafrikanische Delegierte meinte, die jetzige Haltung passe so gar nicht zu dem entschiedenen Auftreten Indiens gegen die Apartheid in Südafrika. Es könne doch nicht sein, dass man nur kritisch im Blick auf die Situation in anderen Ländern sei, vor der Lage im eigenen Lande aber die Augen verschließe.

Erfolgreicher Auftritt der Plattform beim Ev. Kirchentag in Köln

Die Plattform DSiD hatte sich für den ‚Markt der Möglichkeiten‘ auf dem Evangelischen Kirchentag in Köln viel vorgenommen. Sechs Gruppen und Institutionen, die aktiv in der Plattform mitarbeiten, (Ev. Studentengemeinde II Frankfurt, das Zentrum Ökumene Frankfurt, die Ländliche Mädchenschule Khadigram, der Verein ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, das Hungerprojekt und die Ev. Kirchengemeinde Öfflingen), haben sich unter dem Dach der Plattform in einem gemeinsamen Stand zusammengetan und neben der Darstellung ihrer jeweils eigenen Arbeit auch deutlich gemacht, dass sie ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Verbesserung der Situation der Dalits, zusammen agieren lässt.

Für die Darstellung der **Diskriminierung der Dalits** hatten die Gruppen in einer Gemeinschaftsaktion Plätze eines **indischen Dorfes** nachgebaut, an denen die Ausgrenzung und Erniedrigung der Dalits ganz augenfällig und für die BesucherInnen erlebbar wurde. Nachdem diese in einem kurzen Gespräch auf ihren Besuch im indischen Dorf vorbereitet und in zwei Gruppen (Dalits und sogenannte Kastenhindus) eingeteilt worden waren, erfuhren die Dalits unter ihnen am Brunnen, am Tempel und am Teestand ganz konkret, was kastenbedingte Diskriminierung heißt. Die „Wächter der Kastenordnung“ wiesen sie rüde zurück, wenn sie sich dem **Tempel** näherten und etwa ein Gebet sprechen oder gar eine Puja verrichten wollten, oder wenn sie ganz arglos Wasser aus dem **Dorfbrunnen** schöpfen wollten, weil sie durstig waren. Gnadenlos wurde ihnen der Behälter aus der Hand geschlagen und sie mussten warten, bis eine ‚Kastenfrau‘ sich ihrer erbarmte und ihnen Wasser in ihr Gefäß goss. Am **Teestand** hatten sie separate Gläser, die sie nach Gebrauch selbst spülen mussten und ihre Bedienung war alles andere als freundlich. Auf keinen Fall durften sie sich beim Genuss ihres Tees hinsetzen, sondern mussten stehen bleiben. Vor allem Kinder waren sehr schockiert, als sie ganz konkret „ertragen“ mussten, welche Lasten ihre Altersgenossinnen als **Kinderar-**

beiterInnen in Indien täglich zig-mal schleppen müssen. Daraus ergaben sich viele interessante und schon sehr in die Tiefe gehende Gespräche über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Dalits.

Die Auftritte der „**cultural group**“ (Musik und Straßentheater) zogen sehr viele Menschen an und da die Bühne dafür in unmittelbarer Nähe war, kamen jeweils danach auch recht viele Interessierte an den Stand. Als weiterer Besuchermagnet haben sich die Henna-Tätowierungen erwiesen, wenngleich einschränkend gesagt werden muss, dass sich viele der meist jugendlichen Besucherinnen nur für die Tattoos und weniger für die Probleme der Dalits interessiert haben. Die eher reflektiv Gestimmten konnten sich mit den sehr konkreten Darstellungen der Lebenssituationen und Arbeitsverhältnisse von 3 Dalitfamilien auseinandersetzen.

Wir erhielten viele sehr positive Rückmeldungen zu unserem Stand – eine große Ermutigung, das Experiment in 2 Jahren zu wiederholen und vielleicht sogar auszubauen. Es scheint gelungen zu sein, eine einigermaßen ausgewogene Mischung zwischen Informationsvermittlung und Erlebnis und Spaß zu finden, von der sich die Besucher offenbar angezogen fühlten.

Dalit-Info Nr. 15 – Juli 2007

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD);
Kordinatorator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Staffenbergstraße 76, 70184 Stuttgart, Tel.:
0711/2159216, Fax: 0711/2159288

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.:
944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph.
Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Evang. Studentengemeinde II Frankfurt, das Zentrum Ökumene in Frankfurt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, FIAN International, HEKS (Schweiz), das Hunger-Projekt, Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.